Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 45 (1998)
Heft: 11-12

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Der thurgauische Regierungsrat Roland Eberle (l.) und Bundesrat Adolf Ogi erläutern den Medien das Zivilschutz-Optimierungsprogramm '99.

FOTOS: F. FRIEDLI

Mit dem Optimierungsprogramm '99 soll der Zivilschutz jünger und effizienter werden und – einmal mehr – weniger kosten

Zivilschutzreform '99: Wegbereiter für Bevölkerungsschutz 200X

Bundesrat Adolf Ogi, Chef des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Regierungsrat Roland Eberle, Vorstandsmitglied der Militär- und Zivilschutzdirektorenkonferenz, sowie Paul Thüring, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz, stellten den Medien in Bern das Optimierungsprogramm '99 für den Zivilschutz vor. Herausragende Punkte dieses Programms sind die Herabsetzung der Schutzdienstpflicht auf das 50. Altersjahr und die Zusammenlegung der beiden Dienste Bevölkerungsschutz und Betreuung. Die neuste Reform des Zivilschutzes soll günstige Voraussetzungen für dessen Eingliederung in den geplanten umfassenden Bevölkerungsschutz schaffen.

HANS JÜRG MÜNGER

Einfacher, straffer und einsatzorientierter soll der Zivilschutz nach den Worten des VBS-Vorstehers werden. Das Dienstalter wird um zwei Jahre gesenkt, was die Bestände um rund 55 000 Schutzdienstpflichtige reduziert, die Dienste für Bevölkerungsschutz und Betreuung werden zusammengelegt und die Ausbildung soll noch zielgerichteter auf die Bewältigung von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen und anderen Notlagen ausgerichtet werden. Diese neuerliche Reform des Zivilschutzes, erst vier Jahre nach der letzten Reform, wird gemäss VBS bei Bund, Kantonen und Gemeinden mit jährlich insgesamt 2,3 Millionen Franken positiv zu Buche schlagen. Einmalig soll der Bund zudem rund 8 Millionen einsparen können.

«Der Bundesrat hat seinen Handlungsspielraum voll ausgeschöpft, um den Zivilschutz vom nächsten Jahr an noch effizienter zu machen und den neuen Bedürfnissen noch besser anzupassen. Und dies, ohne dass Gesetzesänderungen nötig sind», meinte Adolf Ogi am 21. Oktober vor den zahlreich aufmarschierten Medienvertreterinnen und -vertretern im Bundeshaus. Der VBS-Chef fuhr fort: «Diese Optimierungen präjudizieren den künftigen umfassenden Bevölkerungsschutz 200X nicht. Zudem tragen wir damit den ‹Rundtischgesprächen› vom vergangenen Frühjahr Rechnung und entlasten neben der öffentlichen Hand auch die Wirtschaft, weil weniger ausbildungsbedingte Absenzen von Schutzdienstpflichtigen anfallen werden. Die Kantone stehen hinter den Reformmassnahmen.»

Die Reform '99 in zwei Sätzen

JM. Bei den Optimierungsmassnahmen, die auf den 1. Januar 1999 eingeleitet werden, geht es im wesentlichen um eine Bestandesreduktion (Herabsetzung des Dienstalters), verbunden mit einer Straffung der Zivilschutzorganisationen der Gemeinden, die Vereinfachung des Kontrollwesens und die Förderung der einsatzorientierten Ausbildung. Ziel ist es, den in der Schweiz erreichten Standard im Bereich des Bevölkerungs- und Kulturgüterschutzes auch künftig zu halten, jedoch Doppelspurigkeiten zu vermeiden und Synergien bestmöglich zu nutzen.

Schluss mit der Verunsicherung der Zivilschützer

Nur noch 70 Franken jährlich kostet der Zivilschutz jede Einwohnerin und jeden Einwohner des Landes. Die Tendenz war bisher sinkend und wird es in Zukunft erst recht sein. Generell sind die dem Zivilschutz zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel in den letzten zehn Jahren um mehr als die Hälfte reduziert worden. Die Kosten für den Zivilschutz sind im Vergleich zu andern Ausgaben des Bundes sehr gering. Daran mag wohl auch der im Kanton Thurgau für die Sicherheitspolitik zuständige Regierungsrat Roland Eberle gedacht haben. An die Adresse der Medien und nicht zuletzt an die Adresse jener Damen und Herren Politiker im Lande, für die der Zivilschutz zwar ein Reizwort ist, das sie aber gerne als probates Mittel zur Selbstdarstellung im Parlament in den Mund nehmen, betonte Eberle: «Wir hoffen, dass kein weiterer Finanzstopp oder gar Abbau die Umsetzung der Zivilschutzreform gefährdet. Im weitern hat nach den raschen und grossen Veränderungen der letzten Jahre jetzt etwas Ruhe einzukehren. Dies ist ein Muss und eine Vorbedingung für die geforderte effiziente Zivil-

schutzarbeit. Zu viele und zu rasche Veränderungen verunsichern nur.»

So sieht das Optimierungsprogramm '99 aus:

Herabsetzung der Schutzdienstpflicht
Die Kompetenz für eine Herabsetzung der Schutzdienstpflicht vom 52. auf das 50. Altersjahr liegt beim Bundesrat. Diese Massnahme wird auf den 1. Januar 1999 umgesetzt und führt dazu, dass die Jahrgänge 1947 und 1948 auf Ende 1998 aus dem Zivilschutz entlassen werden. Die personellen Überbestände – insbesondere in städtischen Agglomerationen – reduzieren sich damit gesamtschweizerisch um etwa 55 000 Schutzdienstpflichtige. Der neue Bestand beträgt somit rund 300 000 Personen.

Neue Regelung des Einteilungsrapportes
Zurzeit ist der eintägige Einteilungsrapport für alle Schutzdienstpflichtigen verbindlich, also auch für jene Angehörigen des Zivilschutzes, welche der Personalreserve zugewiesen werden. In Zukunft erhalten nur noch diejenigen ein Aufgebot zu einem Einteilungsrapport, die auch effektiv in der Zivilschutzorganisation eingeteilt und Dienst leisten werden.

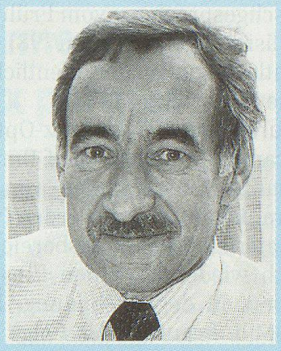
Zusammenlegung des Bevölkerungsschutzdienstes und des Betreuungsdienstes
Der heutige «Bevölkerungsschutzdienst» und der «Betreuungsdienst» werden ab 1. Januar 1999 zum Betreuungsdienst zusammengelegt. Hauptgrund sind die damit deutlich besser werdenden Ausbildungs- und Einsatzmöglichkeiten für die betreffenden Schutzdienstpflichtigen. Insbesondere geht es hier um die vermehrte Berücksichtigung der Bedürfnisse im Bereich der Katastrophen- und Nothilfe. Derzeit wird ein neues Anforderungsprofil für diesen neuen Betreuungsdienst erstellt. Die Soll-Bestandesvorgaben für die Schutzverantwortlichen (SV) sehen heute im Durchschnitt 1 SV pro 75 bis 125 Einwohner vor. Diese Vorgaben werden auf 1 SV pro 100 bis 200 Einwohner angepasst. Die sich zweifellos ergebenden Bestandesreduktionen können noch nicht genau beziffert werden, da sie stark abhängig von der Umsetzung in den Kantonen und Gemeinden sind.

Reduktion der Rettungszüge
Die insgesamt 1200 Rettungszüge mit Ergänzungsausrüstung – sie sind primär auf die Katastrophen- und Nothilfe in Friedenszeiten ausgerichtet – sind zahlenmässig unbestritten. Dagegen ist der Bedarf an heute rund 2200 Rettungszügen ohne Ergänzungsausrüstung (schwere Geräte) aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage kritisch zu hinterfragen. Aus diesem Grund überprüfen die Kantone zurzeit ihre Rettungskonzepte. Die erwartete Herabsetzung der Anzahl Rettungszüge führt neben einer Bestandesreduktion vor allem zu einer Senkung der Ausbildungskosten. Zusätzliche Einsparungen werden sich bei der Materialbeschaffung und -bewirtschaftung ergeben.

Vorläufiger Verzicht auf den Bau neuer Bereitstellungsanlagen
Die Ausrüstung der Rettungszüge wird in Bereitstellungsanlagen gelagert. Nach der Überprüfung der kantonalen Rettungskonzepte und Festlegung der künftigen Anzahl Rettungszüge kann über den Bedarf weiterer Bereitstellungsanlagen entschieden werden. Schon heute zeichnet sich jedoch ab, dass dieser Bedarf nur noch gering sein dürfte. Mit dem vorläufigen Verzicht auf den Bau neuer Bereitstellungsanlagen soll rechtzeitig verhindert werden, dass womöglich später nicht mehr gebrauchte Anlagen erstellt werden.
Die erwähnten Massnahmen sind in enger Zusammenarbeit mit den Chefs der für den Zivilschutz zuständigen Ämter der Kantone erarbeitet worden. Die verantwortlichen Regierungsräte haben dazu im Rahmen einer im Mai/Juni 1998 durchgeführten Vernehmlassung einhellig zugestimmt.

Auswirkungen und Ausblick
Das vorliegende Optimierungsprogramm wird auf den 1. Januar 1999 in Kraft tre-

Peter Schmid ist Projektleiter Bevölkerungsschutz 200X



JM. Bundesrat Adolf Ogi, Chef des VBS, hat den Auftrag zur Bildung einer Projektorganisation Bevölkerungsschutz 200X unter Einbezug der kantonalen politischen Ebene erteilt und zum Projektleiter den früheren bernischen Regierungsrat Peter Schmid ernannt. Dieser hat sein Amt am 1. Oktober 1998 angetreten. Mit dem Projekt Bevölkerungsschutz 200X werden bis Ende 2001 die strategischen, operativen und rechtlichen Grundlagen für einen umfassenden Bevölkerungsschutz erarbeitet und die Überführung des heutigen Zivilschutzes sowie weiterer Elemente in das künftige System sichergestellt. Der Bevölkerungsschutz 200X ist das zivile Gegenstück zum Projekt Armee 200X und wird mit diesem koordiniert.
Der Schweizerische Zivilschutzverband und die Redaktion des «Zivilschutz» gratulieren Fürsprecher Peter Schmid herzlich zur ehrenvollen Berufung als Projektleiter und wünschen ihm für seine Tätigkeit den besten Erfolg. Peter Schmid hat sich freundlicherweise bereit erklärt, die Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift von Zeit zu Zeit über den Fortgang des Projekts zu orientieren.

Die Ausgangslage

Der gesamte Sicherheitsbereich der Schweiz ist seit dem Zusammenbruch des Ostblocks einem permanenten Anpassungsprozess ausgesetzt. Auch der Zivilschutz hat seit 1989 laufend auf die sicherheitspolitischen Veränderungen reagiert. Bei der Umsetzung der Zivilschutzreform '95, mit der unter anderem die Katastrophen- und Nothilfe neu gewichtet wurde, sind bereits verschiedene Massnahmen getroffen worden, namentlich

- zur Förderung des Regionalisierungsprozesses (in den letzten drei Jahren hat sich die Zahl der Zivilschutzorganisationen aufgrund von Zusammenschlüssen von 2900 auf 1700 reduziert) und der Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, insbesondere der Feuerwehren;
- zur Schaffung einer Personalreserve (Reduktion der Bestände);
- zur Steuerung des Schutzraumbaus (Lücken schliessen, Überkapazitäten vermeiden);
- zur Reduktion von bzw. Verzicht auf logistische Vorsorgemassnahmen im Bereich der Lebensmittel, der Medikamentensortimente und der Requisitionsfahrzeuge;
- die Zusammenfassung der zivilen Führungen für ausserordentliche Lagen auf Stufe Gemeinde bzw. Region;
- Verbesserungen im Übermittlungs- und Alarmierungswesen.

ten. Es trägt insbesondere den «Runtischgesprächen» vom Frühjahr 1998 (Stabilisierungsprogramm '98) Rechnung und entlastet neben der öffentlichen Hand auch die Wirtschaft.
Durch das Zivilschutz-Optimierungsprogramm '99 können auf Bundesebene einmalige Einsparungen von rund 8 Mio. Franken realisiert werden (vorwiegend im Materialbeschaffungsbereich). Die jährlich wiederkehrenden Einsparungen, vor allem in der Ausbildung, betragen rund 1 Mio. Franken. Als Folge der Reduktion der Ausbildungstätigkeit werden die Kantone jährlich um etwa eine halbe Million, die Gemeinden um etwa 800 000 Franken entlastet. Falls ursprünglich vorgesehene Bereitstellungsanlagen wegen des Zivilschutz-Optimierungsprogramms '99 nicht mehr gebaut werden, ergeben sich dadurch weitere Investitionseinsparungen.
Mit dem Optimierungsprogramm werden nicht zuletzt günstige Voraussetzungen für die Eingliederung des Zivilschutzes in ein System für einen umfassenden Bevölkerungsschutz (Projekt «Bevölkerungsschutz 200X» als Pendant zum Projekt «Armee 200X) geschaffen. Damit wird eine Zusammenfassung aller auf lokaler, regionaler und kantonaler Ebene tätigen Organisationen im Bereich Schutz-, Hilfs- und Rettungswesen angestrebt.

ZS-Inserenten im Internet • ZS-Inserenten im Internet •

SCHUTZRAUM-TECHNIK
MENGEU
ISO 9001
Grüezi
Bonjour
Buongiorno
Allegra
http://www.mengeu.ch
St.-Galler-Strasse 10 CH-8353 Elgg
E-Mail: mail@mengeu.ch

Selon le programme d'optimisation 99, la protection civile ne va pas seulement rajeunir et devenir plus efficace, bien plus, elle va moins coûter

Réforme de la protection civile 99: Préparation de la voie vers la protection de la population 200X

JM. Le conseiller fédéral Adolf Ogi, chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS), le conseiller d'Etat Roland Eberle, membre du comité de la Conférence des directeurs militaires et de la protection civile, ainsi que Paul Thüring, directeur de l'Office fédéral de la protection civile, ont présenté aux médias le programme d'optimisation 99 de la protection civile. Les points forts de ce programme consistent en l'abaissement à 50 ans de la limite d'âge relative à l'obligation de servir, ainsi qu'en la fusion des services de protection de la population et d'assistance. La plus jeune réforme devra créer des conditions favorables à faciliter l'intégration de la protection civile dans le système global de protection de la population.

Selon les termes du chef du DDPS, la protection civile sera plus simple, plus svelte et plus efficace dans l'intervention. La limite d'âge relative à l'obligation de servir est abaissée de deux ans, ce qui réduit de 55 000 astreints les effectifs actuels. Le service de protection de la population et le service de l'assistance vont fusionner et l'instruction sera encore plus axée sur la maîtrise des catastrophes de source naturelle ou dues à la civilisation ainsi que des autres situations d'urgence. Selon le DDPS, cette nouvelle mouture de la protection civile, réalisée seulement quatre ans après la dernière réforme, va épargner 2,3 millions par année à la Confédération, aux cantons et aux communes. La Confédération va en outre réaliser une économie unique de 8 millions en chiffres ronds.
Devant les représentantes et représentants des médias venus en grand nombre au Palais fédéral le 21 octobre, Adolf Ogi déclara: «Le Conseil fédéral a épuisé la totalité des possibilités qui étaient à sa portée pour augmenter encore l'efficacité de la protection civile à partir de l'année prochaine, ainsi que pour adapter cette institution aux nouvelles exigences, ceci sans qu'une modification de la loi ne soit nécessaire. Cette optimisation ne portera pas préjudice au vaste projet ‹protection de la population 200X›. Nous tenons en outre compte des dialogues qui ont eu lieu au printemps passé autour de la table ronde et déchargerons non seulement l'autorité publique mais aussi l'économie, puisque celle-ci devra supporter moins d'absences

Situation initiale

Depuis la chute du mur de Berlin, la politique suisse de sécurité s'est engagée dans un processus de réajustement permanent. La protection civile s'est, elle aussi, constamment adaptée aux changements intervenus depuis 1989 sur le plan international. La réforme 95, en mettant notamment l'accent sur l'aide en cas de catastrophe et dans d'autres situations d'urgence, a déjà introduit un certain nombre de modifications:

- l'accélération du processus de régionalisation (les fusions d'organisations de protection civile ont fait passer leur nombre de 2900 à 1700) et le développement de la collaboration avec les organisations partenaires, en particulier les sapeurs-pompiers;
- la création d'une réserve de personnel (réduction des effectifs);
- la gestion de la construction d'abris (combler les lacunes tout en évitant les surcapacités);
- la réduction des mesures de prévoyance sur le plan logistique dans le domaine du ravitaillement, des assortiments de médicaments et de la réquisition de véhicules;
- la mise en place d'un unique organe civil de conduite pour les situations extraordinaires à l'échelon communal ou régional;
- diverses améliorations dans les domaines des transmissions et de l'alarme.

PHOTO: F. FRIEDLI

Paul Thüring, directeur de l'OFPC, Roland Eberle de la Conférence des directeurs cantonaux des affaires militaires et de la protection civile et Adolf Ogi, chef du DDPS, lors de la présentation du Programme d'optimisation 99 de la protection civile (de g. à d.).

La réforme 99 en deux phrases

JM. Il s'agit pour l'essentiel d'une réduction des effectifs (par l'abaissement de la limite d'âge) liée à une simplification de l'organigramme des organisations de protection civile des communes, une simplification des contrôles et une nouvelle orientation de l'instruction vers l'intervention en cas de catastrophe.
L'objectif est de conserver le niveau élevé atteint en Suisse dans le domaine de la protection de la population et des biens culturels tout en éliminant les doubles emplois et en trouvant des synergies partout où cela s'avère réalisable.

dues à l'instruction des personnes astreintes à servir dans la protection civile. Les cantons approuvent ces réformes.»

Fin de l'insécurité des membres de la protection civile

Annuellement, la protection civile ne coûtera plus que 70 francs par habitante et par habitant de notre pays. Ce coût, qui montra une tendance décroissante jusqu'à présent, va diminuer d'autant plus à l'avenir. D'une manière générale, les moyens financiers dont dispose la protection civile ont diminué de plus de la moitié au cours des dix dernières années.
En comparaison avec d'autres dépenses de la Confédération, les frais qu'occasionne la protection civile sont très modestes. C'est probablement ce qu'a pensé le conseiller d'Etat Roland Eberle, responsable de la politique de sécurité du canton de Thurgovie: à l'adresse des médias et plus particulièrement des dames et messieurs les politiciens de notre pays pour lesquels «protection civile» est un mot agaçant, mais qu'ils aiment à utiliser à titre de moyen éprouvé lorsqu'il s'agit de se mettre en évidence devant le Parlement, Eberle déclara avec insistance: «Nous espérons qu'aucun nouveau blocage des finances et qu'aucun démontage ne viendra compromettre la réalisation de la réforme de la protection civile. Après les modifications importantes et rapides vécues durant les dernières années, il faut d'ailleurs retrouver quelque tranquillité. C'est un impératif et une condition préalable à remplir si l'on veut que soit effectué avec efficacité le travail qu'on attend de la protection civile. Des modifications trop nombreuses et trop rapides ne servent qu'à provoquer l'insécurité.»

Aperçu du programme d'optimisation

Abaissement de la limite d'âge pour l'obligation de servir
Cette mesure est de la compétence du Conseil fédéral. Elle entrera en vigueur le 1er janvier 1999 et aura pour conséquence de libérer les classes 1947 et 1948 à la fin de cette année, réduisant ainsi les surefectifs – plus sensibles dans les villes – d'environ 55 000 personnes sur le plan national. Le nouvel effectif total sera donc de 300 000 personnes environ.

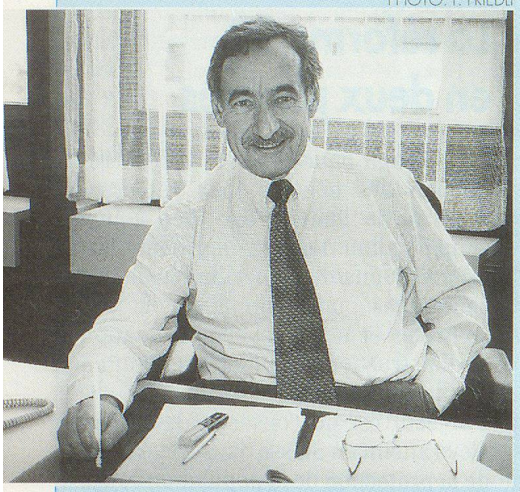
Nouvelle réglementation relative au rapport d'incorporation
Actuellement, toutes les personnes astreintes à servir dans la protection civile doivent prendre part à un rapport d'incorporation d'un jour, même celles qui sont versées dans la réserve de personnel. A l'avenir, on ne convoquera plus que les personnes qui serviront effectivement dans les organisations de protection civile.

Fusion des services d'assistance et de protection de la population
Les actuels services de protection de la population et d'assistance seront réunis dès le 1er janvier 1999 au sein d'un nouveau service d'assistance. Cette fusion est motivée avant tout par les améliorations qu'elle apporte sur le plan de l'instruction et de l'intervention. Les besoins de l'aide en cas de catastrophe, notamment, seront mieux pris en compte. Un groupe de travail planche actuellement sur le nouveau profil des exigences concernant les membres de ce service. Les effectifs réglementaires vont également diminuer: au lieu d'un responsable de la protection pour 75 à 125 habitants comme c'est le cas aujourd'hui, on n'en aura plus qu'un pour 100 à 200 habitants une fois la réforme mise en œuvre. Il n'est pas encore possible de chiffrer la réduction globale d'effectifs que cette adaptation impliquera, son application dépendant des cantons et des communes.

Réduction du nombre de sections de sauvetage
La protection civile compte aujourd'hui quelque 1200 sections de sauvetage dotées d'un équipement complémentaire (engins lourds). Leurs tâches relevant essentiellement de l'aide en cas de catastrophe en temps de paix, rien ne va changer sur ce plan-là. En revanche, il faut se poser la question de l'utilité des 2200 sections de sauvetage dépourvues d'équipement complémentaire, en regard de l'évolution de la politique de sécurité. Les cantons procèdent actuellement à l'analyse critique de leur conception du sauvetage. Cet examen devrait avoir pour conséquence une diminution du nombre de sections de sauvetage, laquelle débouchera sur une réduction des effectifs et, surtout, des frais d'instruction. D'autres économies seront réalisées dans le domaine de l'acquisition et de la gestion du matériel.

Suspension provisoire de la construction de postes d'attente
L'équipement des sections de sauvetage est entreposé dans des postes d'attente. L'analyse critique des conceptions cantonales

PHOTO: F. FRIEDLI



Peter Schmid dirige le projet Protection de la population 200X

Le conseiller fédéral Adolf Ogi, chef du DDPS, a nommé l'ancien conseiller d'Etat bernois Peter Schmid à la tête du groupe de travail chargé de l'élaboration du projet Protection de la population 200X. M. Schmid a pris ses fonctions le 1er octobre 1998.
Le chef du Département fédéral de la défense, de la protection de la population et des sports (DDPS), le conseiller fédéral Adolf Ogi, a institué un nouveau groupe de travail chargé de mener à bien le projet Protection de la population 200X. Ce groupe comprend des représentants des gouvernements cantonaux et est dirigé par l'ancien conseiller d'Etat bernois Peter Schmid.
Le projet Protection de la population 200X doit déboucher sur l'élaboration des fondements stratégiques, opératifs et juridiques de la protection de la population. Le groupe de travail a également pour mission d'assurer le regroupement de la protection civile actuelle avec d'autres partenaires. Le projet Protection de la population 200X forme le pendant civil du projet Armée 200X. Tous deux sont coordonnés.
L'Union suisse pour la protection civile et la rédaction de la revue «Protection civile» félicitent chaleureusement Peter Schmid, avocat, pour sa nomination honorable à la fonction de chef du projet. Pour son activité, nous lui souhaitons plein succès. Peter Schmid s'est aimablement déclaré disposé à informer de temps à autre les lectrices et lecteurs de notre revue sur l'état du projet.

de sauvetage devrait révéler une diminution des besoins en ouvrages de ce type. Aujourd'hui déjà, il semble que ce besoin s'inscrive à la baisse. En suspendant provisoirement la construction de postes d'attente, on devrait éviter de réaliser des ouvrages risquant de demeurer inutilisés.
Ces mesures sont le fruit d'une étroite collaboration avec les chefs des offices cantonaux concernés. Les conseillers d'Etat responsables de la protection civile ont donné leur accord dans le cadre d'une procédure de consultation qui s'est déroulée en mai et en juin 1998.

Effets attendus et perspectives

Le programme d'optimisation entrera en vigueur le 1er janvier 1999. Il prend en compte les résultats de la table ronde du printemps 1998 (programme de stabilisation des dépenses publiques). On en attend des effets bénéfiques non seulement pour les finances publiques mais aussi pour l'économie.
Les économies attendues sur le plan fédéral devraient se monter à quelque huit millions de francs, essentiellement dans le domaine du matériel. Les frais annuels devraient quant à eux diminuer d'un million de francs, avant tout dans le secteur de l'instruction. Cette réduction des dépenses d'instruction devrait se répercuter sur les cantons et les communes en leur permettant d'économiser respectivement 500 000 et 800 000 francs. D'autres économies seront réalisées si l'on renonce à construire des postes d'attente dont les plans ont déjà été déposés.
Le programme d'optimisation contribuera à créer des conditions favorables à l'intégration de la protection civile dans un système global de protection de la population, le projet «Protection de la population 200X» (pendant du projet «Armée 200X»). Il en résultera une mise en commun des ressources des organisations actives dans les domaines de la protection, de l'aide et du sauvetage sur le plan local, régional et cantonal.

Con il programma di messa a punto 99 la protezione civile dovrebbe diventare più giovane ed efficiente e – ancora una volta – più conveniente

La riforma della protezione civile 99 apre la strada alla protezione della popolazione 200X

JM. Il consigliere federale Adolf Ogi, capo del Dipartimento federale della difesa, della protezione della popolazione e dello sport (DDPS), il consigliere di stato Roland Eberle, membro della direzione della Conferenza dei capi militari e della protezione civile e Paul Thüring, direttore dell' Ufficio federale della protezione civile, hanno presentato ai media il programma di messa a punto 99 della protezione civile durante una conferenza stampa a Berna. I punti più importanti di questo programma sono la riduzione dell'obbligo di prestare servizio da 52 a 50 anni e la fusione del servizio di protezione della popolazione e del servizio d'assistenza. Quest'ultima riforma della protezione civile dovrebbe creare le premesse favorevoli per il suo inserimento nella prevista più ampia protezione della popolazione.

Più semplice, più snella e più finalizzata all'intervento: è così che dovrebbe diventare la protezione civile secondo le parole del capo del DDPS. L'età di servizio viene ridotta di due anni, il che comporta una riduzione degli effettivi di ca. 55 000 unità, il servizio di protezione della popolazione e il servizio d'assistenza vengono unificati e l'istruzione viene ulteriormente finalizzata al fronteggiamento delle catastrofi naturali e civili e di altre situazioni d'emergenza. Questa nuova riforma della protezione civile, dopo soli quattro anni dall'ultima, secondo il DDPS permetterà alla Confe-

Adolf Ogi, capo del DDPS, con Achille Casanova, vicecancelliere della Confederazione.

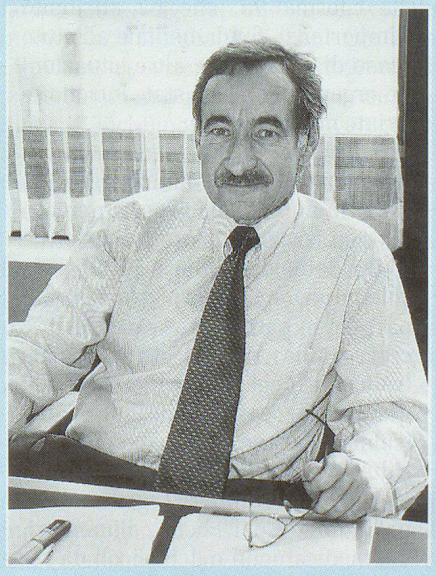
FOTOS: F. FRIEDLI

derazione, ai cantoni e ai comuni di risparmiare complessivamente 2,3 milioni di franchi all'anno. Inoltre la Confederazione potrà ancora realizzare un ulteriore risparmio di circa 8 milioni.
«Il Consiglio federale ha sfruttato completamente il suo margine di manovra allo scopo di rendere la protezione civile ancora più efficiente e di adeguarla alle nuove esigenze. E questo senza che siano necessarie modifiche di legge», ha sostenuto Adolf Ogi il 21 ottobre alla presenza di numerosi rappresentanti dei media durante la conferenza stampa che ha avuto luogo al Palazzo federale. E il capo del DDPS ha proseguito dicendo: «Questa messa a punto non pregiudica affatto la futura più ampia protezione della popolazione 200X. Inoltre in tal modo cerchiamo di realizzare le proposte della «tavola rotonda» della primavera scorsa e consentiamo di risparmiare non solo all'ente pubblico, ma anche all'economia privata perché ci sarebbero molte meno assenze dovute al servizio di protezione civile da parte delle persone tenute a prestare servizio. I cantoni sono favorevoli a questi provvedimenti di riforma.»

La riforma 99 in due frasi

JM. Essenzialmente si tratta di una riduzione degli effettivi (riduzione dell'età di servizio), legata allo snellimento delle organizzazioni di protezione civile, alla semplificazione dei controlli e alla promozione dell'istruzione orientata all'intervento.
L'obiettivo del programma di messa a punto consiste nel mantenere lo stato raggiunto nel campo della protezione della popolazione in Svizzera anche in futuro, evitando però i doppioni e sfruttando al meglio le sinergie.

Peter Schmid è il capo del progetto Protezione della popolazione 200X



Il consigliere federale Adolf Ogi, capo del DDPS, ha impartito l'incarico di istituire un'organizzazione per il progetto Protezione della popolazione 200X – tenendo conto anche delle istanze politiche cantonali – ed ha nominato capo del progetto l'ex consigliere di Stato bernese Peter Schmid, che è entrato in carica il 1° ottobre 1998. Il progetto Protezione della popolazione 200X prevede l'elaborazione delle basi strategiche, operative e giuridiche per una protezione completa della popolazione entro la fine del 2001 e l'inserimento dell'attuale protezione civile e di altri elementi nel sistema futuro. La protezione della popolazione 200X è il corrispondente civile del progetto Esercito 200X, al quale è coordinato.
L'Unione svizzera per la protezione civile e la redazione di «Protezione civile» si congratulano con l'avvocato Peter Schmid per la sua nomina a capo di questo importante progetto e gli augurano di avere tanto successo nella sua attività. Peter Schmid si è dichiarato disposto a informare periodicamente le nostre lettrici e i nostri lettori sull'andamento del progetto.

Basta con l'insicurezza dei membri della protezione civile

La protezione civile viene così a costare ad ogni abitante del nostro Paese solo 70 franchi all'anno. La tendenza alla riduzione dei costi – già emersa – continuerà anche in futuro. Ricapitolando, si può dire che i mezzi finanziari a disposizione della protezione civile negli ultimi anni sono stati ridotti di oltre la metà.
In rapporto ad altre spese della Confederazione, quelle per la protezione civile sono molto basse. A questo dato di fatto ha fatto

riferimento anche il consigliere di stato del canton Turgovia Roland Eberle, responsabile anche della politica di sicurezza. Rivolto ai media ed anche a quelle/quegli esponenti della politica svizzera estremamente critiche/critici nei confronti della protezione civile, ma che se ne servono per «mettersi in mostra» nei dibattiti parlamentari, Eberle ha affermato: «Speriamo che non ci siano altri tagli finanziari a mettere in pericolo la realizzazione della riforma della protezione civile. Dopo i rapidi e profondi mutamenti degli ultimi anni, questa istituzione ora ha bisogno di un po' di calma. Si tratta di una necessità e di una premessa per la richiesta efficienza dell'opera di protezione civile. I mutamenti troppo numerosi e troppo rapidi hanno il solo effetto di rendere insicuri.»

Le nuove riforme punto per punto

Riduzione dell'obbligo di prestare servizio
La riduzione dell'età di servizio nella protezione civile da 52 a 50 anni compete al Consiglio federale. Questa misura entrerà in vigore il 1° gennaio 1999, perciò le annate 1947 e 1948 saranno licenziate dalla protezione civile per fine 1988. Si otterrà così una riduzione a livello nazionale di ca. 55 000 militi, operando sugli effettivi eccedentari presenti soprattutto nelle agglomerazioni urbane. Il nuovo effettivo sarà dunque di circa 300 000 persone.

Nuova regolamentazione del rapporto d'incorporazione
Finora, tutti i militi della protezione civile, compresi i militi attribuiti alla riserva, erano tenuti a partecipare ad un rapporto d'incorporazione della durata di un giorno. In futuro saranno chiamati al rapporto d'incorporazione unicamente quei militi che saranno realmente incorporati in un'organizzazione di protezione civile e che presteranno servizio.

Fusione del servizio di protezione della popolazione e del servizio d'assistenza
A partire dal 1° gennaio 1999 gli attuali servizi «protezione della popolazione» e «assistenza» saranno riuniti in un unico servizio d'assistenza. Questa misura permette di migliorare considerevolmente le possibilità d'istruzione e d'intervento dei relativi militi. Si tratta in particolare di ridefinire il profilo di questo nuovo servizio tenendo meglio conto delle necessità nell'ambito dell'aiuto in caso di catastrofi e in altre situazioni d'emergenza. Un'ulteriore cambiamento concerne gli effettivi regolamentari, che prevedono in media un responsabile della protezione ogni 100 abitanti. D'ora in avanti si prescrive un responsabile della protezione ogni ca. 150 abitanti. Le riduzioni degli effettivi che indubbiamente ne risulteranno non possono ancora essere quantificati con precisione, poiché dipendono dal modo in cui cantoni e comuni metteranno in pratica questa misura.

Riduzione delle sezioni di salvataggio
Analizzando criticamente il numero di sezioni di salvataggio, possiamo affermare che l'esistenza delle 1200 dotate di equipaggiamento complementare, previste in primo luogo per l'intervento in caso di catastrofi e altre situazioni d'emergenza in tempo di pace, sono pienamente giustificate. Ciò non vale invece per le 2200 sezioni di salvataggio prive di equipaggiamento complementare (mezzi pesanti), la cui ragione d'esistere va messa seriamente in dubbio. È per questo motivo che i cantoni sono attualmente impegnati nella verifica dei loro piani di salvataggio. L'attesa diminuzione del numero di sezioni di salvataggio, oltre a una riduzione degli effettivi, porterà soprattutto un risparmio sul piano dell'istruzione. Ulteriori risparmi potranno essere conseguiti anche nell'acquisto e nell'amministrazione del materiale.

Rinuncia provvisoria alla costruzione di nuovi impianti d'apprestamento
L'equipaggiamento delle sezioni di salvataggio è immagazzinato negli impianti d'apprestamento. Una volta verificati i piani di salvataggio cantonali e stabilito il numero di sezioni di salvataggio necessarie, si potrà decidere in merito alla necessità o meno di realizzare ulteriori impianti d'apprestamento. Già oggi è evidente che tale necessità sarà minima. Con la momentanea rinuncia alla costruzione di nuovi impianti d'apprestamento sarà possibile evitare di realizzare impianti inutili in futuro.
Le misure citate sono state elaborate in stretta collaborazione con i capi degli uffici cantonali responsabili della protezione civile. Nell'ambito di una procedura di consultazione svoltasi nel corso dei mesi di maggio/giugno 1998, i consiglieri di Stato responsabili le hanno accolte unanimamente.

Conseguenze e prospettiva
Il programma di messa a punto entrerà in vigore il 1° gennaio 1998. Esso tiene conto in particolare delle sedute della primavera 1998 (programma di stabilizzazione 98) e oltre a sgravare la mano pubblica, avrà effetti benefici anche sull'economia, diminuendo le assenze per motivi d'istruzione. Grazie al programma di messa a punto della protezione civile 99 sarà possibile conseguire un primo risparmio a livello di Confederazione di ca. 8 milioni di franchi, principalmente nel settore del materiale. Ogni anno porterà inoltre una riduzione delle uscite pari ad un milione di franchi, soprattutto nel campo dell'istruzione. La minore necessità d'istruire, infatti, farà risparmiare ai cantoni mezzo milione l'anno, e ca. 800 000 franchi ai comuni. Se inoltre si rinuncerà alla costruzione di impianti d'apprestamento originariamente progettati, il programma di messa a punto 99 permetterà ingenti risparmi anche nell'ambito delle costruzioni di protezione. Il programma di messa a punto crea presupposti favorevoli all'integrazione della protezione civile in un sistema di protezione globale della popolazione (progetto «protezione della popolazione 200X», parallelo al progetto «Esercito 200X»). L'obiettivo consiste nel riunire sotto lo stesso tetto tutte le organizzazioni attive nel campo della protezione, del soccorso e del salvataggio al livello locale, regionale e cantonale.

Premesse

Dalla caduta della cortina di ferro, in Svizzera l'intero campo della sicurezza è soggetto ad un continuo processo di adattamento. Anche la protezione civile ha reagito continuamente ai cambiamenti in atto dal 1989, trasformandosi in base alle nuove esigenze. Dall'introduzione della riforma 95, che ha attribuito un'importanza fondamentale all'aiuto in caso di catastrofi e altre situazioni d'emergenza, sono già state introdotte svariate misure volte a:

- promuovere il processo di regionalizzazione (negli ultimi tre anni, grazie a numerose fusioni il numero di organizzazioni di protezione civile si è ridotto da 2900 a 1700), e la collaborazione con le organizzazioni partner, in particolare i pompieri;
- creare una riserva di personale (riduzione degli effettivi);
- gestire la costruzione di rifugi (colmare lacune, evitare eccedenze);
- ridurre risp. rinunciare a misure logistiche preventive, segnatamente nell'ambito dei beni alimentari, dei medicamenti e dei veicoli da requisire;
- concentrare la condotta civile in situazioni straordinarie a livello comunale risp. regionale;
- migliorare le condizioni tecniche nel settore trasmissioni e allarme.

Ansturm aus dem Kosovo: Das BZS war rechtzeitig «auf Draht»

Unverzichtbare Hilfe des Zivilschutzes

Mit harten Vorwürfen wurde in jüngerer Zeit das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) von Bundesrat Arnold Koller überhäuft. Ausgelöst wurde die harsche Kritik wegen der schlechten Bewältigung des Asylantenansturms aus Kosovo, der in den Monaten September und Oktober neue Rekordzahlen erreicht hatte. Bundesrat Koller und das seinem Departement unterstellte Bundesamt für Flüchtlinge mussten sich die Kritik gefallen lassen, sie hätten die Situation nicht im Griff, ihr Verhalten sei zu zögerlich. Sicherlich nicht ganz zu unrecht, denn von verschiedenen Seiten war längst der Warnfinger erhoben worden. So auch – gestützt auf die Zuständigkeiten – vom Bundesamt für Zivilschutz an die Adresse der Kantone.

EDUARD REINMANN

Zwar hatten das BZS und das Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) bereits am 20. März mit einem gemeinsamen Kreisschreiben an die für den Zivilschutz zuständigen Ämter der Kantone und die kantonalen Fürsorgedirektionen auf die Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes bei der Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern aufmerksam gemacht. Wörtlich wurde mitgeteilt: «Im Zusammenhang mit den anhaltenden Spannungen und gewaltsamen Auseinandersetzungen in Kosovo ist in absehbarer Zeit unter Umständen mit einer massiven Zunahme von Asylbewerbern zu rechnen. Dies könnte zu erheblichen Schwierigkeiten im Bereich der Unterbringung und Betreuung in den Kantonen und Gemeinden führen.» Den angesprochenen Instanzen wurde ein von den beiden Ämtern bereits 1991 verschicktes und materiell weiterhin gültiges Rundschreiben in Erinnerung gerufen, ergänzt mit den aktuellen Bestimmungen und Rechtserlassen der Zivilschutzreform 95.

Situation drastisch zugespitzt

«In der Zwischenzeit hat sich die Situation im Asylbereich drastisch zugespitzt», schrieb das BZS am 1. Oktober 1998 in einem weiteren Rundschreiben an die für den Zivilschutz zuständigen Ämter der Kantone. «So sind die für Flüchtlinge zuständigen Behörden im Monat September 1998 mit über 4500 neuen Asylbegehren konfrontiert worden, mit steigender Tendenz.» In seinen weiteren Ausführungen rief das BZS den Instanzenweg in Erinnerung. Nach der Registrierung von Asylbegehren durch den Bund (in den vom Bund betriebenen und zeitweilig hoffnungslos überlasteten vier Empfangsstellen) sei es Sache der Kantone beziehungsweise der Gemeinden, für die Unterbringung und Betreuung der ihnen zugewiesenen Asylbewerber zu sorgen. Auch diesbezüglich sei in absehbarer Zeit mit Engpässen zu rechnen. Alsdann folgt im Rundschreiben ein sehr wichtiger Satz: «Gegebenenfalls können und sollen dabei in erster Linie Zivilschutzmittel – öffentliche Schutzbauten als Notunterkünfte und Zivilschutzformationen zur Unterstützung der spezialisierten Stellen – herangezogen werden.» Im vorerwähnten BZS/BFF-Rundschreiben vom 20. September 1991 sind die Details und Kostenbeteiligungen klar geregelt.

Armee-Einheiten im Einsatz

Angesichts der Vorwarnungen an die Adresse der Kantone herrscht Verwunderung über die zutage getretene Hilflosigkeit und das harzige Vorgehen des Bundes, der sonst sehr schnell handelt, wenn es darum geht, Aufgaben und Verantwortung an die Kantone abzuschieben. Der Bund hätte längst vorsorgliche Massnahmen ergreifen können und müssen, um einen allfälligen Flüchtlingsansturm bewältigen zu können, ist die allgemein vorherrschende Meinung. Sicher nicht zuletzt unter dem Druck der Öffentlichkeit hat der Bundesrat schliesslich am 21. Oktober beschlossen, die Asylbewerber in den Notunterkünften des Bundes ab dem 9. November durch Armee-Einheiten betreuen zu lassen. Der Armee-Einsatz ist vorerst auf sechs Monate begrenzt.

Wo bleibt der Zivilschutz?

Weshalb nicht auch Zivilschutzeinheiten, und dies schon längst?, ist eine oft gestellte Frage, nachdem in den letzten Jahren viele Zivilschutzangehörige für den Betreuungsdienst ausgebildet wurden und geradezu darauf brennen, sich in einer humanitären Aufgabe zu engagieren, vom Know-how im logistischen Bereich einmal ganz abgesehen. Dazu BZS-Vizedirektor Hildebert Heinzmann: «Es muss ganz klar unterschieden werden zwischen den Kompetenzen des Bundes und der Kantone. Für den Einsatz des Zivilschutzes sind die Kantone und subsidiär die Gemeinden zuständig. Dem Bund steht als Bundesmittel praktisch nur die Armee zur Verfügung. Es wäre allerdings möglich, dass der Bund bei den Erstaufnahmekantonen um Unterstützung durch den Zivilschutz nachsucht. Es gilt jedoch der Grundsatz, dass den Kantonen und Gemeinden, die ja nach der Aufnahme-Registrierung die Asylsuchenden betreuen müssen, die personellen Mittel nicht weggenommen werden sollten. Und zu diesen Mitteln gehört nun einmal der Zivilschutz.» Das BZS vertritt jedoch die Meinung, dass Sturheit fehl am Platz wäre. Teilweise werden denn auch bereits Anlagen des Zivilschutzes für die Erstaufnahme zur Verfügung gestellt. Aber auch eine personelle Unterstützung durch Angehörige des Zivilschutzes soll den Kantonen nicht verwehrt sein. Es könne jedoch nicht in Frage kommen, dass umgekehrt Armeeangehörige Aufgaben der Kantone und Gemeinden übernähmen, stellt Heinzmann klar.

Zivilschutz ist bereit

Vom Grundsatz her ist der mögliche Einsatz des Zivilschutzes in den Kantonen bzw. den Gemeinden somit überhaupt keine Frage. Wie sind die Kantone auf diese Aufgabe vorbereitet? «Zivilschutz» fragte bei einigen kantonalen Ämtern nach, wobei zu beachten ist, dass die Umfrage Ende Oktober, so knapp wie möglich vor Redaktionsschluss, erfolgte.

Zu «Zivilschutz» sagte Bruno Leuenberger, Chef des Bevölkerungsschutzes Basel-Stadt: «Wir als Grenzkanton sind gegenwärtig sehr stark betroffen. Wichtig ist es, bei den herrschenden tiefen Temperaturen unbürokratisch und rasch zu helfen. Unsere Zivilschutzanlagen sind offen. Die Basler Bevölkerung sieht, dass die Lage ernst ist und ganze Familien an der Grenze stehen. Die Hilfsbereitschaft ist deshalb gross. Einwohner bringen unaufgefordert Schuhe und Kleider für die Flüchtlinge in unsere Zivilschutzunterkünfte, wo die Leute aus dem Kosovo zuerst betreut werden. Die Geflüchteten erhalten vom Zivilschutz als erstes einmal warmes Essen sowie saubere Kleider. Erst dann wird gefragt, woher die Flüchtlinge kommen.» «Wenn sich die Asylantensituation ver-

schärft und die Mittel der Hilfswerke und Sozialdienste nicht mehr ausreichen, kommt bei uns der Zivilschutz zum Zug», sagte Hans Gasser, Vorsteher des Amtes für Zivilschutz und Katastrophenhilfe Graubünden. «Die entsprechende Planung ist sehr weit fortgeschritten und die Gemeinden sind informiert.»
Im Kanton Aargau wurden Ende Oktober konkrete Beschlüsse gefasst. «Wir haben uns aufgrund des BZS-Schreibens vom 20. März mit den Sozialdiensten des Kantons an einen Tisch gesetzt, ein ausführungsreifes Konzept entworfen und dieses der Regierung zur Beschlussfassung vorgelegt», berichtete Rolf Stäuble, Chef Sektion Einsatz der Abteilung Zivile Verteidigung. «Dieses Konzept wurde nun gutgeheissen und Ende Oktober den Gemeinden zugestellt.» (Beachten Sie den speziellen Bericht über die Unterbringung Asylsuchender im Kanton Aargau.) «Wenn die für die Asylantenbetreuung vorgesehenen kantonalen Strukturen nicht mehr ausreichen, ist der Zivilschutz die einzige Institution, die Unterstützung leisten kann», betonte Hermann Suter, Vorsteher des Luzerner kantonalen Amtes für Zivilschutz. «Wir haben gute Leute, gutes Material und gute Einrichtungen. Das alles wollen wir bei Bedarf zur Verfügung stellen. Mit der Regierung ist dies bereits abgesprochen. Wir warten nur darauf, dass wir gerufen werden.» Mittlerweile ist auch dies geschehen. Seit dem 1. Dezember betreuen Zivilschützer zusammen mit Angehörigen von Sozialdiensten die im Truppenlager Eigenthal untergebrachten Flüchtlinge. Unkompliziert reagierte der Kanton Tessin auf die Flüchtlingswelle, öffnete Zivilschutzanlagen und übertrug dem Zivilschutz die Betreuungsaufgabe. Es wird allerdings selektioniert. In erster Linie sind es Frauen, Kinder und Familien, welche Aufnahme finden. ▲

Der kritische Kommentar

Hartherzige Schweiz(er)?

Die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge, die Finanzierung dieser Leistungen und die teilweise polarisierende Wechselwirkung zwischen der Asylantenproblematik und der Bevölkerung ist die eine Seite. Die andere Seite ist die im Volk tief verwurzelte humanitäre Tradition der Schweiz. Nicht erst seit dem Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Bronschofen, sondern eher schleichend, ist dieses hochgehaltene Ideal im Gefühlsempfinden der Schweizerinnen und Schweizer allmählich arg ins Schlingern geraten. Die Grenzen des menschlichen Mitgefühls scheinen ausgereizt zu sein. Und das Reizwort heisst eindeutig «Kosovo-Albaner». Heute stellt sich die Frage, ob das Schweizer Volk vor der überbordenden Flüchtlingswelle am liebsten die Augen verschliessen und die Grenzen hermetisch abriegeln würde, ob die Schweizerinnen und Schweizer hartherziger geworden sind. Manche wollen das tatsächlich so sehen. Dieses Schwarzweissbild gilt jedoch nicht. Man muss differenzieren und ausleuchten, welches die Gründe für die weitverbreitete Asylantenmüdigkeit sind.
Nicht erst seit dem unseligen Krieg im Kosovo, sondern schon seit Jahren, machen Kosovo-Albaner als Drogenschmuggler, Dealer und in anderen Sparten der Kriminalität von sich reden und bringen eine ganze Volksgruppe ungerechterweise in Verruf. Gewiss, es handelt sich hier um eine kleine Minderheit. Um so mehr erwartet die Bevölkerung, dass in solchen Fällen im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit mit aller Härte durchgegriffen oder allenfalls sogar Sonderrecht geschaffen wird. Nach Auffassung eines Grossteils der Bevölkerung haben unsere zuständigen Institutionen – möglicherweise gebremst von weltfremden Idealisten – bisher zu wenig energisch gehandelt und dabei nicht bedacht, dass sie damit auch jene grosse Zahl der Kosovo-Albaner belasten, die ohne Fehl und Tadel sind, seien das nun asylsuchende oder in der Schweiz arbeitende Menschen.
Kein Verständnis bringt die Bevölkerung für das Schlepper-Unwesen auf. Viele Flüchtlinge finden den Weg in unser Land nur mit Hilfe mafiaähnlicher Schlepperorganisationen, denen sie noch ihr letztes Hab und Gut geben müssen, um ins «gelobte Land» zu kommen. Diesem Schlepper-Unwesen rigoros einen Riegel zu schieben, wäre wahrhaftig eine vornehme Aufgabe, für die vernünftigerweise nur die Armee in Betracht käme. Aber was im Nachbarland Österreich schon seit bald zehn Jahren funktioniert – Assistenzdienst an der Grenze –, scheint in der Schweiz, wie auch andere Bereiche der Flüchtlingspolitik, ein Problem mit Hürden ohne Zahl zu sein. Nach aussen und für die Basis wirkt das Gerangel bemühend.
Ein anderes Thema ist die «hohe» internationale Politik. In schönsten Tönen wird immer wieder die internationale Solidarität besungen. Aber wenn es um einen gerechten internationalen Verteiler der Kosovo-Flüchtlinge geht, machen es sich die Europäer leicht, getreu dem Motto: «Recht ist, was mir nützt.» Und am meisten nützt es, möglichst viele dieser bedrängten Menschen in die Schweiz durchzulassen oder auch diskret abzuschieben, statt ihnen ebenfalls Gastrecht zu gewähren. Gewiss, die Schweiz ist ein weisser Fleck im EU-Raum und jedes Handeln ist abhängig von bilateralen Verhandlungen. Die Frage sei dennoch gestattet, ob dies das gelobte europäische Solidaritäts- und Verantwortungsverständnis ist und ob die Schweiz sich dieses widerspruchslos gefallen lassen muss.
Noch ein letzter Gedanke. Die meisten dieser Menschen, die bei uns jetzt Aufnahme gefunden haben, wollen, sollen oder müssen dereinst wieder in ihre Heimat zurück, in eine Heimat, in der gemordet, gebrandschatzt und alles zerstört wurde und in der versteckte Minen in Zukunft noch viele Tote und Verletzte fordern werden. Rein gefühlsmässig wünscht man sich, dass die internationale Diplomatie mit gröberem Geschütz gegen die Verantwortlichen derart verbrecherischen Tuns auffährt. Und – staatspolitische Kompetenz hin oder her – man wünscht sich endlich ein anderes, schärferes Auftreten auch der Verantwortlichen in unserem Land.
Es wurde in diesem Kommentar der Finger auf einige wunde Stellen gelegt, die das Volk als solche empfindet. Es gibt deren noch viele mehr. Diesem Volksempfinden müssen die Entscheidungsträger und die Regierenden viel mehr Rechnung tragen. Gefragt sind rasche Entschlüsse und energische Taten. Je sanfter nämlich unsere Verantwortungsträger am falschen Ort auftreten, desto lauter wird der Ruf nach harten Massnahmen – auch am falschen Ort. Wenn aber das Volk spürt, dass gegen Missstände, Missbräuche und Unrecht ohne Rücksicht auf hundert verschiedene Befindlichkeiten vorgegangen wird, ist dieses Volk auch bereit, den Notleidenden, woher sie auch immer kommen mögen, Gastrecht zu gewähren und Hilfe zu leisten, solange sie dieser humanitären Pflicht bedürfen. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ein grosses Herz. Aber sie öffnen es nur jenen, die Grossherzigkeit nötig haben.
Ende Oktober 1998 – Eduard Reinmann

Alle wissen, was zu tun ist

Aargau: Zivilschutz unterstützt Profis

rei. Am 30. Oktober haben die Abteilung Zivile Verteidigung und der Kantonale Sozialdienst ein Rundschreiben an die Gemeinderäte, Chefs ZSO und die Zivilschutzstellen im Kanton verschickt, das Klarheit schafft hinsichtlich der Einsatzmöglichkeiten des Zivilschutzes bei der Unterbringung und Betreuung von schutzsuchenden Personen aus dem Ausland.

Primär geht es in dem Schreiben darum, die gültigen Rechtsgrundlagen und den möglichen Handlungsspielraum für den Einsatz des Zivilschutzes aufzuzeigen. Dazu Rolf Stäuble, Chef Sektion Einsatz der Abteilung Zivile Verteidigung: «Wenn Angehörige des Zivilschutzes zum Einsatz kommen, dann zur Unterstützung der Profis aus dem Sozialbereich. Im Kanton Aargau gilt zudem der Grundsatz, Asylsuchende in möglichst kleinen Tranchen an die Gemeinden abzugeben.»

Einsatzdauer nicht zu kurz

Im Rundschreiben werden die Rechtsgrundlagen erläutert und es wird auf die Auswahl, die Aufgaben, die Ausbildung und die Einsatzdauer der eingesetzten Zivilschutz-Angehörigen eingegangen. Zu letzterer ist festgehalten, dass die zweckdienliche minimale Einsatzdauer der Schutzdienstpflichtigen 7 Tage betragen sollte. Ein Einsatz von 8 bis 14 Tagen wäre von Vorteil. Die Artikel 36 und 37 des Zivilschutzgesetzes regeln die mögliche Einsatzdauer. Dem Schreiben des Kantons sind die am 19. September 1996 erlassenen Weisungen des BZS über die Verwendung von Mitteln des Zivilschutzes durch Dritte beigefügt. Es lohnt sich, diese Weisungen vor der Nutzung von Zivilschutzanlagen aufmerksam zu lesen. Zum Anhang gehören ferner eine detaillierte Checkliste zur Abnahme der Anlagen nach deren friedensmässigen Nutzung, ein Nutzungsvertrag, eine Hausordnung sowie ein Merkblatt für Brandschutzmassnahmen. «Ein bisschen viel Papier», mögen manche denken. Es schafft jedoch klare Bedingungen und hilft, unangenehme Überraschungen zu vermeiden.

Mehrere Schutzbauten belegt

Der Kanton Aargau zieht seine Philosophie der Bildung kleiner Gruppen bei der Unterbringung schutzsuchender Personen aus dem Ausland durch. Diese Massnahme relativiert auch die «nur bedingte Eignung von Zivilschutzbauten» als Unterkunft. Mit Stand 30. Oktober waren in fünf Gemeinden Asylbewerber in Zivilschutzbauten untergebracht. 20 in Gipf-Oberfrick (San Po/Öffentlicher Schutzraum), 10 in Wegenstetten (Öffentlicher Schutzraum), 10 in Hellikon (Öffentlicher Schutzraum), 8 in Mühlethal (Öffentlicher Schutzraum/Kellerräume), in Vorbereitung: 6 in Ammerswil (Öffentlicher Schutzraum). In Gipf-Oberfrick mit der grössten Gruppe wurde das ZS-Anlagepersonal mit einbezogen. Abklärungen bezüglich des ZS-Einsatzes liefen noch. ◼

Bücher für die kollektive Sicherheit

Um planen und ausbilden zu können, müssen ausserordentliche Lagen zuerst erkannt werden. Was könnte in der eigenen Gemeinde passieren? Wie entwickelt man Szenarien für Planung und Ausbildung? Sind die gewählten Szenarien glaubwürdig und vollständig? Welches ist der Handlungsbedarf? Was hat die Gemeinde zu leisten. Eine Anleitung zur Risikoanalyse am Beispiel eines grossen Chemieunfalls.

Format A 4, 55 Seiten

Die Vorbereitungen für ausserordentliche Lagen sollen nicht Papier bleiben. Die notwendigen Massnahmen müssen geübt werden, immer wieder und unter verschiedenen Bedingungen. Dazu eine Anleitung zum Anlegen, Durchführen und Auswerten von Stabsübungen, damit aus Ideen konkretes Handeln wird.

Format A 4, 84 Seiten

Ausserordentliche Lagen, seien es grosse Ereignisse, Epidemien oder soziale Notlagen, fordern ganz besonders den Sanitätsdienst. Was gibt es zu tun? Welches ist der Beitrag der Gemeinden und Regionen für Gesundheit und Rettung? Welche Partner sollen und können etwas beitragen? Welches sind die Folgerungen für Einsatz und Ausbildung?

In Zusammenarbeit mit dem KSD-Team Schweiz, erscheint voraussichtlich gegen Ende 1998, ca Fr. 25.--

Alle Arbeitsbücher mit Abbildungen, Aufgaben und vielen Beispielen

Bitte senden Sie mir mit Rechnung:

___ Ex **Wir erkennen ausserordentliche Lagen**
Fr. 18.50 plus Versandkosten

___ Ex **Wir trainieren den Führungsstab**
Fr. 27.50 plus Versandkosten

___ Ex **Der partnerschaftliche Sanitätsdienst in Gemeinden und Regionen**, zum Subskriptionspreis von Fr. 20.— plus Versandkosten

Bei Bestellung von mehreren Titeln erhalten Sie 10 % Rabatt.

❑ Ich/wir besitze/n bereits das Buch „Gesundheit und Rettung in ausserordentlichen Lagen".

Name _____

Vorname _____

Str./Nr. _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Ruedi Engler, Postfach, 8143 Stallikon
Fax +41 1 700 08 45